FS-11

Aufnahmeprogramm für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland und Belarus

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald)
Tagesordnungspunkt:	FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

Wer sich in Russland oder Belarus dem Kriegsdienst verweigert und sich so offen gegen den völkerrechtswidrigen, russischen Angriffskrieg stellt, riskiert sein Leben. Die Flucht aus Russland oder Belarus bleibt oft die einzige Chance für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. Die Einreise in die EU ist allerdings schwierig. Die Fluchtwege nach Europa und Deutschland für die Betroffenen sind noch immer mit bürokratischen Hindernissen gepflastert. Nach aktuellem Verfahren gilt für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus diesen Ländern in der Bundesrepublik nach § 3a AsylG eine individuelle Nachweispflicht des Bedrohtseins von individueller Verfolgung. Dieser schlüssige Nachweis ist im Einzelfall problematisch, eine Abschiebung droht.

Wir schließen uns der Forderung von Pro Asyl und Connection e.V. an, die Verweigerung, an diesem Krieg teilzunehmen und sich diesem schon vor dem drohenden Einsatz zu entziehen, als oppositionelle Überzeugung zu werten. Männer und Frauen, die sich durch Flucht dem völkerrechtswidrigen Krieg entziehen, müssen in Europa Schutz finden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein spezifisches Aufnahmeprogramm für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland und Belarus für die Dauer des Krieges in der Ukraine einzurichten. Dieses besondere Aufnahmeprogramm soll auch Angehörige dieser Personengruppe in Drittstaaten außerhalb der EU umfassen (z.B. Türkei oder Georgien).

Begründung

Das Aufnahmeprogramm soll den Betroffenen für die Dauer des Krieges in der Ukraine kurzfristig und unbürokratisch Schutz gewähren - noch bevor ihr individueller Asylstatus geprüft wird. Es soll Strukturen aufbauen, die die Kontaktaufnahme, Einreise, das Ankommen und grundlegende Integrationsleistungen wie Spracherwerb niederschwellig unterstützen. Auf diese Weise kann die Klärung eines möglicherweise längerfristiger Asylstatus im geschützten Umfeld erfolgen, was pauschal eine aufschiebende Wirkung auf eine drohende Abschiebung hat.

weitere Antragsteller*innen

Stefan Faust (KV Dahme-Spreewald); Viviane Triems (KV Potsdam); Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald); Tibor Rumpf (KV Havelland); Andreas Kittl (KV Erding); Wiebke Christin Nozulak (KV

Stormarn); Sabine Freund (KV Dahme-Spreewald); Sarah Benke-Åberg (KV Dahme-Spreewald); Paul-Philipp Neumann (KV Oberspreewald-Lausitz); Andreas Herzog (Hannover RV); Stefan Golla (KV Dahme-Spreewald); Matthäus Rothmeier (KV Nürnberg-Stadt); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Karl Steinhäuser (KV Dahme-Spreewald); Birgitta Tremel (Hannover RV); Wolfgang Sandvoss (KV Dahme-Spreewald); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Richard Schmolke (KV Dahme-Spreewald); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.